

— Beschluss der Landesdelegiertenversammlung — 2. bis 4. November 2017 —

Bündnis Schulsanierung in Wiesbaden unterstützen – weiteren Verfall der Schulinfrastruktur stoppen

Das Bündnis Schulsanierung in Wiesbaden verlangt mehr Geld für Investitionen im Bereich Schulbau, um den Verfall der Schulen zu stoppen. Die GEW Hessen unterstützt die Forderungen des Bündnisses und plädiert für eine angemessene finanzielle Ausstattung aller Kommunen, um die Schulen in Hessen flächendeckend in einen angemessenen und modernen Zustand zu versetzen. In diesem Zusammenhang warnt die GEW davor, zu diesem Zweck auf die Finanzstrategie PPP zu setzen, die nichts anderes als ein überteuertes Finanzprodukt der Banken ist, sich einer demokratischen Kontrolle entzieht und die pädagogischen Spielräume einschränkt.

Wir fordern die Landesregierung auf, eine Erhebung zum Investitionsbedarf im Schulbereich auf den Weg zu bringen, die den jeweiligen Bedarf für den einzelnen Schulträger und für Hessen insgesamt abbildet. Nur auf dieser Grundlage können die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um das Problem zu beseitigen.

Die GEW verlangt, die Ausgaben im Bereich der Schulbauten dauerhaft deutlich zu erhöhen. Der Investitionsstau darf nicht noch größer werden. Stattdessen muss der bestehende Investitionsstau in einem Zeitrahmen von höchstens 10 Jahren abgebaut werden. Dies ist nur möglich, wenn sich das aktuelle Volumen der Bauinvestitionen für einen längeren Zeitraum mindestens verdrei- bis vervierfacht. Die schulische Infrastruktur muss modern und zeitgemäß ausgestattet sein, und sie muss höchsten ökologischen und gesundheitlichen Anforderungen genügen. Notwendige bauliche Maßnahmen aus den Bereichen Inklusion und Ganzttag sind nicht nur kontinuierlich zu erheben, sondern müssen zeitnah umgesetzt werden.

Zu untersuchen ist ferner, ob es personelle Engpässe im Bereich der Bauverwaltung gibt, um die Schulen zügig zu sanieren. Hierzu liegen der GEW für mehrere Kommunen, unter anderem für Frankfurt, entsprechende Hinweise vor. Die GEW fordert auch hier die Bereitstellung entsprechender Mittel, um Missstände zu beheben.

Um diese Forderungen bekannt zu machen, und um sie in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis durchzusetzen, wird die GEW Hessen nicht nur die Wiesbadener Unterschriftenliste unterstützen, sondern eine Kampagne zum Thema „Einstürzende Schulbauten“ durchführen. Nach der LDV wird es eine Seite auf der GEW-Homepage zu diesem Thema geben, auf der Fotos, aktuelle Artikel und Informationen eingestellt werden. Den bereits erarbeiteten Flyer zur Diskussion um den Zustand der Schulgebäude in Hessen können alle Kreisverbände nutzen, um auf die Situation vor Ort hinzuweisen. Die Kreise werden von der Geschäftsstelle und den Vorsitzenden unterstützt, notfalls eigenständig Daten zu ermitteln, zum Beispiel durch eine mögliche Anfrage in der jeweiligen

Stadtverordnetenversammlung oder im Kreistag. Der Arbeitskreis zum Thema „Schulsanierung“ wird auf Landesebene fortgeführt, um gemeinsam weitere Aktivitäten zu diskutieren und zu initiieren.

Die GEW Hessen fordert die hessische Landesregierung und die Schulträger auf,

- verbindliche Schulbaurichtlinien zu erlassen
- ein Kataster für gesundheitlich unbedenkliche Materialien für Gebäude zu erlassen, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten
- bei Neubauten, Umbauten und Sanierung die Mitbestimmung der Kollegien durch eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes sicherzustellen und die Rechte der Personalräte zu gewährleisten.

- Die GEW Hessen fordert die :
 - die Personalräte
 - die Schulleitungen und
 - die Kommunen

auf, darauf zu achten, dass die Kollegien bei der Planung und Gestaltung beteiligt werden müssen. Hierfür müssen die notwendigen Freistellungen bereit gestellt werden.

- Die GEW informiert KuK, auf was sie achten müssen (ggf. Schulbaubroschüren analysieren und weiterentwickeln)
- Das LEA Bildungswerk bietet entsprechende Abrufangebote für interessierte Schulen an.

Ergänzende Informationen

Es ist allgemein anerkannt, dass die öffentliche Hand einen Teil ihrer Einnahmen für Investitionen ausgeben muss, um eine sachgerechte öffentliche Infrastruktur zur Verfügung stellen zu können. Gerade im Bildungsbereich können zu geringe öffentliche Investitionen negative Effekte haben. Ist etwa das Lernumfeld in Schulen schlecht, beeinträchtigt dies die Leistung der Schülerinnen und Schüler und die Effektivität des Unterrichts.

In den skandinavischen Ländern gilt der Raum als „dritter Pädagoge“ – neben den Mitschülerinnen und Mitschülern und den Lehrenden. Schulen und Klassenzimmer sollen flexibel nutzbar und individuell gestaltet sein – ein angenehmer Raum, so die Erkenntnis in den nordischen Staaten, wirkt positiv auf das Lernklima und die Konzentration.

Gemessen an dieser Einsicht in die Bedeutung der Schulinfrastruktur ist der Zustand vieler Schulen in Hessen mehr als ernüchternd. Die allermeisten sind entweder alte oder rein funktionale Gebäude. Hinzukommt, dass immer mehr Schulgebäude in einem maroden und baufälligen Zustand sind. Die Benutzung der Toiletten ist oft eine Zumutung, und der Putz bröckelt buchstäblich von der Wand.

In Deutschland entwickelten sich die öffentlichen (Brutto-)Investitionen seit Beginn der 1970er Jahre im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt rückläufig. Hierbei handelt es sich zwar um einen allgemeinen internationalen Trend, aber im Vergleich mit wichtigen anderen Industrienationen ist der Rückgang in Deutschland wesentlich stärker ausgeprägt.

Die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) des Staates fallen in Deutschland seit dem Jahr 2003 negativ aus (abgesehen von den Jahren 2009 bis 2012). Die Nettoinvestitionen der Kommunen weisen schon seit 14 Jahren einen durchgehend negativen Wert aus. Wenn die kommunalen Nettoinvestitionen für den Zeitraum 2002 bis 2016 kumuliert werden, dann ergibt dies einen negativen Betrag in Höhe von etwa 68 Milliarden Euro – das heißt, der ausgewiesene Verschleiß übertrifft die (Brutto-)Investitionen um fast 70 Milliarden Euro.

Ein wesentlicher Grund für diesen Rückgang und die international unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand in Deutschland ist in deren Konsolidierungsbemühungen zu sehen: Kürzungen bei den staatlichen Investitionen sind für die Gebietskörperschaften häufig das bevorzugte Mittel, um die Ausgabenhöhe zu steuern, da diese Ausgabenkategorie im Gegensatz zu anderen Bereichen vergleichsweise flexibel erhöht und gesenkt werden kann.

Nach dem aktuellen Kommunalpanel der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) beläuft sich der Investitionsrückstand auf der kommunalen Ebene auf 126 Milliarden Euro (KfW-Research 2017). Am größten ist der Investitionsstau im Bereich der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur mit gut 34 Milliarden Euro, dicht gefolgt vom Bereich Schule (inklusive Erwachsenenbildung) mit fast 33 Milliarden Euro.

Die jetzt vom Bund bereitgestellten Investitionsmittel in Höhe von 3,5 Milliarden Euro, die von der schwarz-grünen Landesregierung im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms II (KIP II) für Hessen auf rund 500 Millionen Euro leicht aufgestockt werden, können das Problem nicht lösen. Schon ein Vergleich der Fördermittel von Land und Bund mit dem bestehenden Investitionsstau in

den Städten Wiesbaden, Frankfurt und Kassel sowie den Landkreisen Bergstraße und Marburg-Biedenkopf, der sich auf fast zwei Milliarden Euro beläuft, offenbart die unzureichende Dimension der Investitionszuweisungen an die Kommunen. Geradezu beklemmend erscheint die Größenordnung der vorgesehenen Mittel, wenn ein Blick auf die Entwicklung der kommunalen Baumaßnahmen im Schulbereich geworfen wird. Diese Zahlen werden bisher weder vom Hessischen Finanzministerium noch von anderen politischen Akteuren beachtet oder gar zur Diskussion gestellt.

Die Tabelle enthält in der Spalte rechts neben den Jahreszahlen die Entwicklung der Baumaßnahmen an Schulen in Hessen für den Zeitraum 1998 bis 2016. Dabei handelt es sich um nominale, nicht preisbereinigte Zahlen. Gerade in den vergangenen vier Jahren fielen die Bauinvestitionen bestürzend gering aus: Selbst wenn alle hessischen Kommunen ihre Mittel in den Jahren 2015 und 2016 zusammengelegt hätten, hätte die Summe von rund 450 Millionen Euro gerade einmal gereicht, um den Investitionsstau in der Landeshauptstadt Wiesbaden aufzulösen. Und um die Schulgebäude in Frankfurt zu sanieren, wäre die gesamte Investitionssumme der vergangenen vier Jahre erforderlich gewesen. Auffällig ist der Anstieg der Bauausgaben in den Jahren 2010 und 2011. Hier spiegelt sich die etwas verzögerte Wirkung der angesprochenen Konjunkturfördermittel im Zuge der Weltwirtschaftskrise wieder.

Baumaßnahmen an Schulen in Hessen 1998-2016		
Jahr	Bau Schulen	Anteil am hessischen BIP
1998	195,7 Mio. Euro	0,11 %
1999	209,6 Mio. Euro	0,11 %
2000	242,2 Mio. Euro	0,12 %
2001	262,7 Mio. Euro	0,13 %
2002	305,8 Mio. Euro	0,15 %
2003	273,7 Mio. Euro	0,13 %
2004	306,3 Mio. Euro	0,15 %
2005	305,0 Mio. Euro	0,14 %
2006	318,8 Mio. Euro	0,15 %
2007	325,8 Mio. Euro	0,14 %
2008	269,3 Mio. Euro	0,12 %
2009	289,8 Mio. Euro	0,13 %
2010	549,8 Mio. Euro	0,24 %
2011	587,5 Mio. Euro	0,25 %
2012	304,1 Mio. Euro	0,13 %
2013	226,3 Mio. Euro	0,09 %
2014	223,1 Mio. Euro	0,09 %
2015	209,9 Mio. Euro	0,08 %
2016	243,3 Mio. Euro	0,09 %
Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt des Bundes und der Länder, zum Teil eigene Berechnungen.		

Wie schwach die Ausgaben für Baumaßnahmen an den Schulen gerade in den vergangenen Jahren ausfallen, verdeutlicht der Anteil dieser Ausgabenkategorie an der hessischen Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Während dieser Wert von 1998 bis 2012 immer über der Marke von

0,1 Prozent liegt, ist er ab 2013 unter diese Marke gerutscht. Kein Trost ist dabei, dass Hessen unter den Bundesländern im längerfristigen Vergleich der Pro-Kopf-Werte überdurchschnittlich abschneidet, denn dieser Vergleich offenbart, dass die Situation in vielen Bundesländern noch schlechter ist als die schon schlechte Lage in Hessen.

Zwar ist zu erwarten, dass die Ausgaben für bauliche Maßnahmen an Schulen in den nächsten Jahren aufgrund der Kommunalen Investitionsprogramme steigen. Ihr Volumen ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aber zu gering, um das bestehende Problem substantiell zu verkleinern. Es ist zu befürchten, dass zumindest teilweise auch Mitnahmeeffekten auftreten – unter anderem, weil die Bauverwaltungen aufgrund des Stellenabbaus der vergangenen Jahre nicht in der Lage sind, ihre Bauinvestitionen deutlich zu erhöhen. Die Hoffnung der Landesregierung, KIP II werde einen „Abbau des Investitions- und Instandhaltungsstaus an den Schulen“ herbeiführen, geht an der Realität vorbei.